

NACH ACHT STUNDEN ENDGÜLTIGE ENTWARNUNG: «BOMBE» WAR KEIN SPRENGSATZ

Bombenalarm vor Grüzemarkt

Ein verdächtiger Metallzylinder im Gebüsch vor dem Coop-Grüzemarkt hat sich als harmlos erwiesen. Drei Stunden lang herrschte aber gestern Morgen Bombenalarm, und ein Polizei-Grossaufgebot stand im Einsatz.

«Was ist los?», fragt der Lieferwagenchauffeur, von der Polizei am rot-weißen Absperrband aufgehalten. «Bombenalarm», kommt die Antwort. Und den Journalisten wird empfohlen, «im eigenen Interesse» hinter der nächsten Hausecke, nicht auf der Rudolf-Diesel-Strasse, zu warten. Man weiss nie, auch wenn der «verdächtige Gegenstand» fast 100 Meter entfernt vom Roboter der Kantonspolizei untersucht wird und die Spezialisten zuvor einen Splitterschutz um den Zylinder aufgestellt haben. Das Quartier ist grossräumig abgesperrt, das Coop-Personal und die ersten Restaurantgäste im Keller, den Betrieben in der Nähe hat die Polizei geraten, die Rollläden herunterzulassen. «Hab ich getan, aber die Fenster sind offen», sagt der Hauswart eines Gewerbehbaus, «sonst verhaut mir die Druckwelle alles.»

Begonnen hat der Spuk laut Grüzemarkt-Filialleiter Hans-Jürgen Rechsteiner, als ein Mitarbeiter des Hausdienstes um 7 Uhr vor dem Haupteingang in einer Hecke einen seltsamen Gegenstand hat liegen sehen und darauf die Stadtpolizei

alarmiert hat – «das einzig Richtige», wie Rechsteiner betont. Um 8 Uhr waren die Absperrungen erstellt, Feuerwehr, Sanität, Stadt- und Kantonspolizei standen mit über 50 Personen im Einsatz. Dann kam der Bombenroboter zum Einsatz. Welche Tests über das sechsrädrige Gefährt mit Greifarm ausgeführt werden können, wollte der Infochef der Kantonspolizei, Hans Baltensberger, nicht ausführen. Um 10 Uhr schienen die Spezialisten vom wissenschaftlichen Dienst immerhin sicher genug, dass der Zylinder vom Roboter aufgenommen und in einen Spezialbehälter auf einem Fahrzeuganhänger verladen werden konnte. Um 10.15 Uhr wurde die «Bombe» zur Entschärfung in einen Sprengbunker am Flughafen Kloten gebracht. Um 10.30 konnte der Coop seine Tore öffnen. Weil am Donnerstag die grössten Käufe im Abendverkauf gemacht werden, schätzt Rechsteiner den Umsatzverlust auf maximal 30000 Franken.

Am Nachmittag um 15.30 kam schliesslich die endgültige Entwarnung der Kantonspolizei. Man habe den rohrähnlichen Gegenstand aufgesprengt. Die Untersuchung der Trümmer ergab, dass es kein Sprengsatz gewesen ist. Ob jemand mit dem bombenähnlichen Zylinder eine Absicht verfolgt hat oder ob das Ding bloss als Abfall im Gebüsch deponiert wurde, ist Untersuchungsgegenstand von Bezirksanwaltschaft und Polizei. Droh- oder Bekennerbriefe sind keine eingegangen. (ab)



Bild: Andreas Wolfensberger

Polizeiroboter im Ernstfalleinsatz: In der roten Plastikbox ist der vermeintliche Sprengsatz samt «Zündkabeln» zu sehen, dahinter der Bombentransportanhänger.

PRIMARSCHULCOMPUTER

Grüne gegen ZKB-Geschenk

Die Grüne/DaP-Fraktion des Winterthurer Gemeinderates stellt sich gegen den stadträtlichen Antrag, die Primarschulen per Schuljahr 2001/02 mit 600 Occasions-PCs der ZKB auszurüsten. Laut Fraktionspräsident Martin Stauber macht es wenig Sinn, über fünfjährige Geräte in die Schulzimmer zu stellen, auf denen viele moderne Programme nicht mehr lauffähig sind und für die Ausrüstung der Computer auch noch gegen 800 Franken pro Stück auszugeben. Dass der Kanton die 1,6 Millionen Franken, die für die Computereinführung im Budget eingestellt wurden, heuer über den Finanzausgleich zur Verfügung stellt, ist für die Fraktion zu wenig gewichtig: «Etwas zu machen, nur weil es der Kanton zahlt, ist kein Argument», sagt Stauber. Auch die Möglichkeit, bereits ab nächstem Schuljahr 600 PCs in den Schulen zu haben, anstatt erst zwei Jahre später, vermag für die Grünen die Nachteile nicht aufzuwiegen. Sie wollen auf das schulrätliche Konzept zur Computereinführung warten. (thl)

UVP FÜR EISHALLE

SVP befürchtet Verzögerungen

Die SVP befürchtet, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Eishallenprojekt («Landbote» von gestern) die Eröffnung der Sportanlage verzögere. Allein die Voruntersuchung werde «Monate in Anspruch nehmen», schreibt Architekt Markus Böni in einer Medienmitteilung. Es sei befremdend, so Böni, dass die Fachbeamten Stadträtin Aurelia Favre offenbar nicht auf die UVP hingewiesen hätten und Favre daher die Kommission falsch informiert habe. Nun müssten die zeitlichen und finanziellen Folgen des Beschlusses aufgezeigt und Massnahmen eingeleitet werden, zum Beispiel die parallele Durchführung der UVP und des Baubewilligungsverfahrens. Gemäss Bausekretär und Verfahrensleiter Fridolin Störi ist dieses Vorgehen verwaltungsintern bereits geplant. (ab)

PROJEKT BEWILLIGT

Kantongeld für Talegg-Knoten

Die Stadt erhält vom Kanton rund 5,8 Millionen Franken an die Sanierungskosten des Talegg-Knotens. Der Regierungsrat hat das Projekt für die Neugestaltung des Strassenraumes im Bereich General-Guisan-Strasse, Technikum-, St.-Galler-Strasse und Tösstalstrasse bewilligt. Die Vorlage ist am 24. September vom Volk in Winterthur gutgeheissen worden, obwohl an der General-Guisan-Strasse einige alte Bäume weichen müssen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,1 Millionen Franken, dazu investieren Werke und Verkehrsbetriebe nochmals rund 2,5 Millionen Franken in neue Leitungen und Kanäle. (ldb)

HEUTE

WINTERTHUR

DIE ZÜRCHER VERFASSUNG stand gleich an zwei Anlässen im Zentrum, einmal ihre Geschichte, einmal ihre Zukunft. / 19

FEUILLETON

EINE KREATIVE Spielanlage bietet «staging aera» zurzeit in der Roten Fabrik Zürich. / 20

NACHRICHTEN

Neue Dame in Bronze

Auf der Wiese vor dem Erweiterungsbau des Kunstmuseums wird, erstmals in der Schweiz im Freien, eine Bronzeskulptur des deutschen Künstlers Thomas Schütte aufgestellt. Es handelt sich um eine von fünf Frauenfiguren, die als Antwort eines Zeitgenossen auf die klassischen Figuren, etwa die Plastik Mailols im «Römerholz», gesehen werden.

Herr der Häuser

Der 39-jährige Immobilienreuhändler Erich Dürig ist vom Stadtrat zum Nachfolger von Armin Ganz als Leiter der Liegenschaftenverwaltung bestimmt worden. Dürig arbeitet zurzeit für die Coop-Immobilien. Bei der Stadt wird er unter anderem für 21 Restaurants, 534 Wohnungen, 28 Verwaltungsgebäude und 12 Bauernhöfe zuständig sein.

Nicht auf Haas gemünzt

Stadtrat Ernst Wohlwend präzisiert eine Passage im gestrigen «Landboten»: Seine Aussage, die Kommunikation des Stadtrates könnte besser sein, sei keine persönliche Kritik an Stadtpräsident Martin Haas. Er habe ausdrücken wollen, dass die Leistungen des Gesamtstadtrates häufig zu wenig Beachtung fänden und es ihm ein Anliegen sei, diese Arbeit besser zu «verkaufen».

Oertli für Arnold

Als Nachfolgerin für SP-Vertreter Hanspeter Arnold hat der Stadtrat die 65-jährige Retrouat Oertli als neues Mitglied des Gemeinderates für gewählt erklärt. Oertli arbeitet als Berufsberaterin sowie als Paar- und Familientherapeutin. Sie erreichte 1998 den achten Ersatzplatz auf der SP-Liste und will sich für neue Arbeitszeitmodelle stark machen.

Magnetische Schau

Die gestern Abend eröffnete neue Ausstellung im Technorama widmet sich dem Magnetismus. Experimentell und künstlerisch werden die sonderbaren Magnetgeister sicht- und sogar hörbar gemacht. Eine Besprechung folgt in der Samstagausgabe. (ldb)

INTERKULTURELLES FORUM ZEIGT SICH ENTTÄUSCHT

Kritik an Stellenbesetzung

Das Interkulturelle Forum stört sich an der Art und Weise, wie die Stelle des Integrationsdelegierten besetzt worden ist.

Das Interkulturelle Forum Winterthur (IFW) ist «sehr enttäuscht»: Nachdem seine Mitgliedsorganisationen sich mit grossem Engagement bei der Erarbeitung des Integrationsleitbildes für die ausländische Bevölkerung eingesetzt hatten, wurden der ursprünglichen Fassung des Leitbildes «die Zähne gezogen». Die vom IFW in der Vernehmlassung geäusserten Wünsche blieben in der Schlussfassung unberücksichtigt.

Doch wie IFW-Präsident Markus Hodel an der gestrigen Medieninformation ausführte, setzten die Ausländerorganisationen trotz aller «Verwässerungen» und «Ausblendungen» einige Hoffnung ins Leitbild. Mit der Wahl von Peter

Baltensberger als Integrationsdelegierter scheint ihnen nun aber selbst die Umsetzung des reduzierten Leitbildes gefährdet. Insbesondere kritisiert das IFW, dass der Stadtrat diese wichtige Stelle bloss mit 50 Prozent dotiert hat. Dieses Pensum genüge keinesfalls, um den Massnahmenkatalog mit dem nötigen Engagement voranzutreiben und umzusetzen. Nach den Berechnungen des IFW verbleibt Peter Baltensberger mit einem 50-Prozent-Pensum nach Abzug seiner Leitungs-, Koordinations- und Vertretungsaufgaben bloss ein Tag pro Woche für die Umsetzung des Leitbildes. «Wir haben Erbarmen mit diesem Mann, denn wenn er alles ernsthaft angeht, was ihm zugemutet wird, ist er völlig überlastet», sagt José Duran vom IFW.

Ferner stört sich das IFW daran, dass die Stelle des Integrationsdelegierten nicht öffentlich ausgeschrieben wurde. Damit sei die Chance verpasst worden,

«eine profilierte Persönlichkeit» zu finden. Dass eine interne Lösung realisiert wurde und Baltensberger weiterhin für das Arbeitsamt tätig ist, beurteilt das IFW als «heikel». Für das IFW zeigt sowohl die Wahl des Integrationsdelegierten als auch die Festsetzung einer Versuchsphase von zwei Jahren, dass der Stadtrat dem Integrationsleitbild «eine schwache Priorität» einräumt.

Stadtpräsident Martin Haas bedauert das Vorgehen des IFW. Der Stadtrat verfolge eine Integrationspolitik mit möglichst grossem Konsens, das IFW suche aber anscheinend die Polarisierung. Für Haas ist Baltensberger klar die geeignetste Person für den Job als Integrationsdelegierter. Mit einer öffentlichen Ausschreibung der Stelle hätte sich die Umsetzung zudem um ein halbes Jahr verzögert. Über eine Aufstockung der Stelle will der Stadtrat erst nach der Versuchsphase entscheiden. (thl)

BUNDESKANZLERIN ANNEMARIE HUBER-HOTZ ZUR STAATSLUITUNGSREFORM

Auf dem Weg zur Zwei-Kreise-Regierung

VON THOMAS PAUL

Dass es sich bei der seit einem Jahrzehnt diskutierten Staatsleitungsreform auf Bundesebene nicht um einen Systemwechsel handle, hat Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz (fdp) als Referentin am gut besuchten Nachmittagsgespräch der FDP Winterthur im Restaurant «Strauss» gestern gleich zu Beginn klargestellt. Eine Regierungsreform sei aber dringend notwendig, das zeige die Überlastung des Bundesrates sowie der Verwaltung, meinte Huber-Hotz.

Ziel der Staatsleitungsreform, deren Vorschläge zurzeit im Bundesrat kontrovers diskutiert würden, sei, dass die Regierungsmitglieder sich in Zukunft vermehrt auf thematische Schwerpunkte konzentrieren können und dadurch Spielraum für die Entwicklung von Visionen erhalten. Mit anderen Worten: Dem Bundesrat soll wieder

mehr Führung ermöglicht werden – und zwar durch die Verlagerung eines Teils seiner bisherigen Belastung auf ein bis zwei delegierte Minister pro Mitglied. Diese sollen vom Bundesrat ausgewählt, den Departementsleitenden persönlich unterstellt und vom Parlament bestätigt werden. Weiterhin würde die Verantwortung ausgetastet, würden sie an Bundesrats-sitzungen teilnehmen und als Regierungsmitglieder der Regierung – eine Zwei-Kreise-Regierung würde geschaffen. Nicht erwünscht sei die Aufteilung in eine strategische und in eine operative Entscheidungsebene: Die Bundesratsmitglieder würden die Führung weiterhin in allen Bereichen beanspruchen, so Huber-Hotz. Die Erweiterung der Regierung wäre gemäss der Bundeskanzlerin auch die Antwort auf die wachsenden Regierungskontakte Berns mit dem Ausland. Allerdings sei der Bundesrat nicht der Meinung, die Staatsleitungs-

reform habe sich auf einen eventuellen EU-Beitritt der Schweiz auszurichten.

Weil gemäss dem schweizerischen politischen System ein Konsens auf breiter Ebene angestrebt werde und möglichst viele Minderheiten mitbestimmen sollen, seien radikale Änderungen nicht möglich. Ausserdem gestalte sich darum jede Entwicklung langwierig. Die Bundeskanzlerin verwies auf die Ablehnung der Regierungs- und Verfassungsgesetzrevisions-Reform vor fünf Jahren durch das Volk, als den Mitgliedern des Bundesrates Staatsminister zur Seite gestellt werden sollten. Damit es konsensfähig ist, werde der Vorschlag mit delegierten Ministern sorgfältig vorbereitet; der Bundesrat wolle ihn dem Parlament im Herbst unterbreiten. Am Kollegialitätsprinzip der Regierung soll laut Huber-Hotz nicht gerüttelt werden, und ein Parteienproporz für die delegierten Minister sei nicht vorgesehen.